

Im vergangenen Jahr haben wir Sie an gleicher Stelle zu der Veranstaltung eingeladen, die dann coronabedingt ausfallen musste. Nun starten wir im kommenden Herbst einen zweiten Versuch.

Besteht jetzt die Chance für einen Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik? Weg von der militärischen hin zur zivilen Sicherheitspolitik? Wir meinen »JA«. Es ist allerhöchste Zeit. Die unten genannten Bedrohungen und Herausforderungen verlangen absolute Priorität und enorme finanzielle Mittel, die fehlen würden, wenn wir weiterhin das Geld in Aufrüstung und Militär stecken würden. Und es gibt ein Szenario, entwickelt 2018 von der Evangelischen Landeskirche Baden, das genau das aufgreift. In den letzten 20 Jahren ist der Begriff »Gerechter Friede« ökumenisch und weltweit zum Leitbild des kirchlichen Friedenshandelns geworden. »Gerechter Friede« ist ein Prozess, ein Weg, auf dem sich Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit für Menschen und Schöpfung durchsetzen. Auf dieser Basis lädt das Szenario »Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik« dazu ein, zukünftig die zivile Krisenprävention zu stärken, anstatt das Geld weiterhin in weitgehend wirkungslose Militärinterventionen zu verschwenden. Das Konzept beruht auf fünf Säulen, die auch sozial und ökologisch gerechtes Wirtschaften beinhalten:

1. Entwicklung einer starken Demokratie, mit ziviler Krisenbewältigung
2. ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen
3. Förderung nachhaltiger Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
4. Investitionen in eine starke UNO- und OSZE-Präsenz statt in die Bundeswehr
5. Konversion von Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Wir vom Gesprächskreis für Frieden und Demokratie Neu-Isenburg (gegründet 1999) und von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (gegründet 1892) unterstützen das Konzept.

Wer oder was bedroht unsere Sicherheit? Aktuell müssen wir unser Territorium nicht gegen einen Feind von außen verteidigen. Eine viel größere Gefahr für die Existenz der Menschheit birgt ein weltweiter Atomkrieg. Aktuell bedrohen die Corona-Pandemie und der Klimawandel unsere Gesellschaft(en) in einem nie dagewesenen Ausmaß.

Seit mehr als einem Jahr grassiert das Corona-Virus, das weltweit Millionen Todesopfer erforderte und sich immer wieder neu erfindet.

Frieden und Gerechtigkeit

– Sicherheit neu denken

von Inge Göbl für den Gesprächskreis Frieden und Demokratie



Die Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher spürbar: Hitze, Dürre, Starkregen führen zu Überschwemmungen mit vielen Toten und enormen Verwüstungen. Dies erleben wir momentan auch sehr schmerzhaft in Deutschland, in europäischen Nachbarländern und weltweit.

Pandemie und Klimawandel mit all ihren Folgen sind für unsere Gesellschaften riesige Herausforderungen, die mit starken sozialen Verwerfungen einhergehen: Krankheiten, Zerstörung, Flucht und Hunger betreffen immer mehr Menschen. Dies wurde auch bedingt durch langanhaltende Kriege, die weiterhin geführt werden und die zu unermesslichem menschlichem Leid und der Destabilisierung von großen Regionen führen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die militärischen Interventionen im Irak und in Libyen nicht zur Demokratie führten, vielmehr folgten Bürgerkrieg und Chaos. 20 Jahre später ist fast der komplette »Nahe Osten« noch im Krisenmodus, einschließlich der Bürgerkriege in Syrien und im Jemen. Und auch in Afghanistan zeichnet sich keine Stabilität ab.

»Nichts ist gut in Afghanistan« (FAZ vom 3.1.2010). Mit diesem Satz in einer Neujahrspredigt musste sich Margot Käßmann vor elf Jahren ziemlich viel Kritik anhören. Heute wissen wir, »nichts ist gut in Afghanistan«. Wenn am 11. September 2021 der Rückzug der westlichen Truppen abgeschlossen sein wird, dann endet eine 20 Jahre währende militärische Intervention, an der auch die Bundeswehr beteiligt war: »...man habe nicht alle Ziele erreicht«, sagt Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Verständlicherweise mag sie den verlustreichsten und teuersten Einsatz der Bundeswehr, der nach fast 20 Jahren zu Ende geht, nicht als kompletten Fehlschlag bezeichnen (FR vom 21.6.2021, Seite 2). Tatsache ist: Im Juli 2021 kontrollieren die Taliban bereits wieder 85 Prozent des Landes.

Befürchtet wird, dass die Taliban kurz nach der Beendigung des US-Einsatzes komplett die Macht im Land übernehmen könnten.

Für unsere Politik sollte dies Folgen haben. Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen einer kritischen Revision unterzogen werden. Einen »failed state«, ein Land am Abgrund zu hinterlassen, kann ja kaum das Ziel einer militärischen Strategie sein. Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden.

Dies belegen auch Studien der US-Amerikanerinnen E. Chenoweth und M. J. Stephan. Sie untersuchten 460 unbewaffnete und bewaffnete Konflikte zwischen 1900 und 2015 und wiesen dabei nach, **dass gewaltfreier Widerstand doppelt so erfolgreich ist wie gewaltsame Aktionen.**

Wenn Konflikte und Krisen nicht durch militärische Einsätze bzw. Kriege lösbar sind, welche anderen Wege gibt es dann? Und wie können wir den weltweiten Herausforderungen Pandemie, Klimawandel, Artensterben, Terrorismus, um nur einige zu nennen, begegnen? Sicherheit ist nach Frieden heute Ausgangspunkt jeglichen politischen Handelns nationaler und internationaler Politik geworden und dabei hat sich eine Ausweitung auf andere Politikfelder vollzogen. Die Vielfalt politi-

Bitte notieren

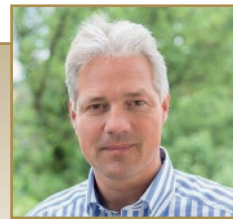
Veranstaltung zu »Sicherheit neu denken« am 8. November 2021 um 19 Uhr im Gemeindesaal der Evangelisch-Reformierten Gemeinde am Marktplatz, Marktplatz 8, 63263 Neu-Isenburg

scher Probleme hat maßgeblich zu einem Wandel der ›Sicherheitskultur‹ geführt. Aktuell steht Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik. So sollen die Militärausgaben der NATO-Staaten bis 2024 annähernd zwei Prozent des Bruttosozialprodukts betragen. Es ist zu befürchten, dass es zu einem neuen, auch atomaren Wettrennen kommen wird, zumal in 2019 der Vertrag über die Verbreitung nuklearer Mittelstreckensysteme (INF) gekündigt wurde.

Demgegenüber steht die Ratifizierung des UN-Atomwaffenverbots-Vertrags am 22. Januar 2021, nachdem mehr als 80 Staaten das Abkommen unterzeichnet

haben. Damit sind Atomwaffen nach internationalem Recht geächtet. Deutschland ist dem Abkommen noch nicht beigetreten. Eine Umfrage von 2017 ergibt, dass 71 Prozent der Bundesbürger der Meinung sind, die künftige Regierung sollte dem Abkommen beitreten, hingegen sind nur 14 Prozent dagegen, 15 Prozent haben keine Meinung dazu.

Wer sich vorab mit dem Konzept befassen möchte, kann dieses unter <https://www.sicherheitneudenken.de/html/content/downloads5500.html> downloaden oder im dortigen Online-Shop für 9,95 Euro zzgl. Versandkosten bestellen.



Ralf Becker von der Evangelischen Landeskirche Baden wird diese positive Vision ›Sicherheit neu denken‹ vorstellen und Bürgermeister Hunkel seine Unterstützung bekunden. Sie sind am 8. November herzlich eingeladen mit zu debattieren und eigene Ideen einzubringen.

Bürgermeisterwahl und Naturschutz

NABU Neu-Isenburg

Im September stehen fünf Kandidaten zur Wahl zum neuen Bürgermeister. Nach der langen Zeit mit Bürgermeister Hunkel, der immer ein offenes Ohr hatte für Natur- und Umweltschutzfragen, liegt die Messlatte sehr hoch. Der NABU Neu-Isenburg wünscht sich eine gesunde Stadt für Mensch und Tier. Wir müssen für unsere Kinder ein lebenswertes Umfeld erhalten und weiterentwickeln. Zu viel ist geschädigt worden, zugebaut, versiegelt und naturentfremdet.

Das Nachpflanzen ist auf gutem Weg. Auf Initiative von Herrn Hunkel wird ein Zukunftskonzept für die Stadtbäume entwickelt, 15.000 Euro wurden für Nachpflanzungen bereitgestellt. Das muss fortgeführt werden. Bäume sind durch Dürre, Krankheiten und Stürme geschädigt und abgestorben. Wir meinen: Unsere ›Stadt im Grünen‹ muss mehr Bäume pflanzen als abgängig sind, damit in Hitzeperioden Schatten und Verdunstungskälte gerade für ältere und kranke Menschen lebensrettende Entlastung bringen. Damit tun wir zugleich auch etwas zum Erhalt des Artenreichtums an Vögeln, Schmetterlingen, Wildbienen.

Da sind die Vorgärten voller Schotter. Neue Bebauungspläne, unter Herbert Hunkel entwickelt, **verbieten neue**



Steinwüsten. Ein Rückbau soll über Anreize erreicht werden. Da muss es weiter gehen. Gelder dafür wurden aus dem Stadtumbauprogramm beantragt.

In der Frankfurter Straße wurde in einer Untersuchung des Regierungspräsidenten ›**Tempo 30**‹ empfohlen. Es schafft mehr Ruhe, weniger Unfälle, macht auch die Einkaufsstraße zu einer Zone mit mehr Verweilcharakter. Wenn dann noch versucht wird, die enge Straße durch vertikales Grün stärker zu bepflanzen, hat man wieder etwas erreicht, was nicht nur das Auge erfreut und Staub bindet. Vielleicht findet auch eine Amsel, ein Rotkehlchen einen Nistplatz.

Zu mehr Ruhe und Grün würde auch die Verwandlung von zwei Parkplätzen in der nördlichen Frankfurter Straße in ›Hochbeete‹ mit kleinem Baum beitragen, wie an der Kreuzung Bahnhofstraße. Über Jahrzehnte war die Ideologie einer auto-

gerechten Stadt der Maßstab. Jetzt geht es um kleine Korrekturen zugunsten von Radfahrern, Fußgängern, Behinderten, die Platz brauchen sich zu bewegen, damit die Stadt für alle liebenswerter wird. Natürlich soll Raum bleiben für Autos, gerade wenn nicht so bewegliche Bürger unterwegs sind.

Dann geht es auch um die Bepflanzung der Stadt mit **artgerechten Blütenstauden und Wildblumenwiesen**. Wir sind dankbar, dass sich unter Herbert Hunkel jetzt einige Wildblumenflächen entwickeln durften. Der neue Bürgermeister sollte das weiterentwickeln.



Deutliche Unterschiede gibt es bei den Kandidaten in der Umweltpolitik. Wir empfehlen zu bedenken, welcher Kandidat sich in den letzten Jahren engagiert, wer auf der Bremse gestanden hat. Wir wünschen uns eine Stadt mit einem Bürgermeister, dem unsere Werte wichtig sind, eine die wir guten Gewissens unseren Kindern überlassen können.

Bürgermeister Hunkel (parteilos) hat gezeigt, dass die Zugehörigkeit zu einer Partei gar nicht das Wichtige ist, sondern die Vision für Neu-Isenburg.

